

# INTERNATIONALE RUNDSCHAU

## Flammenzeichen in Zentralafrika

Der gewaltige Transformationsprozeß, der in Afrika vor sich geht, ist ein welthistorisches Ereignis von allergrößter Bedeutung. Die Kette neuer Staaten, gebildet von bisher geschichtslosen Nationen, ist die Frucht eines lange, zu lange zurückgestauten Selbständigkeitsstrebens. Neue Hoffnungen und neue Gefahren zeichnen sich am Horizont ab. Hier stellt sich ein neu aufgekommener nationaler Egoismus den Bemühungen entgegen, durch Schaffung von großen Föderationen der Balkanisierung Afrikas vorzubeugen. (Die neue Föderation ehemals französischer Kolonien von Mali z. B. dehnt sich auf einer Fläche aus, die — vergleichsweise — von London bis Bukarest reicht.) Dort wieder erdrückt ein ins antikoloniale Gewand gekleideter neuer Imperialismus den legitimen Wunsch eines kleineren Volkes nach Eigenständigkeit. Die Schwierigkeiten sind ungeheuer, und man hat keineswegs die Sicherheit, daß sie immer und überall im Geist der Gerechtigkeit gemeistert werden. Aber hier geht es doch nur um die richtige Methode für ein Ziel, das an sich für alle wünschenswert ist: die Emanzipation der Völker Afrikas.

Im Norden und im Süden des ungeheuren Kontinents sind immer noch Kräfte am Werk, die sich gegen dieses Emanzipationsstreben wehren. Im Norden gelingt es der französischen Politik zwar nicht, das algerische Problem im Sinne der Wünsche ihrer extremistischen Anhänger zu lösen; es gelingt ihr aber immerhin, jede vernünftige Lösung vorläufig zu verhindern. Im Süden ist die vom egoistischen Standpunkt geradezu selbstmörderische Rassenpolitik der weißen Minderheit Südafrikas eine der schwersten Belastungen der freien Welt überhaupt. Aber auch in der Mitte Afrikas herrscht noch eine erstaunliche Portion Unvernunft, die sich gegen eine natürliche Entwicklung sperrt und damit nur die gewaltvollen Eruptionen beschleunigt, die sie vermeiden möchte.

Die *mittelfrikanische Föderation* (Nord- und Südrhodesien mit Njassaland) ist 1953 gegen den Protest Labours von der Londoner konservativen Regierung geschaffen worden. In wirtschaftlicher Beziehung hat der Zusammenschluß der drei Gebiete, wie auch die Föderationsgegner zugeben, manchen Fortschritt gebracht. Aber dem steht ein fast gänzliches Ausbleiben von Fortschritt auf dem Gebiet der Beziehungen zwischen den Rassen entgegen. Sieben Millionen Neger werden von weniger

als 300 000 Weißen regiert — nur ganz wenige von ihnen haben überhaupt ein Wahlrecht. Die Föderationsregierung spricht zwar im Gegensatz zur Regierung Südafrikas von „Partnerschaft“ der einzelnen Rassen; das Unglück ist aber, daß sie im entgegengesetzten Sinne handelt.

Wer die Geschichte des Regierungschefs der Föderation, *Roy Welensky*, kennt, wird das auf den ersten Blick überraschend finden. Welensky ist der Sohn eines jüdischen Einwanderers aus Litauen und einer holländischen Mutter. Er ist erst 52 Jahre alt, hat aber schon manche Leistung auf anderem als rein politischem Gebiet hinter sich. Zunächst war er Lokomotivführer. Später war er Gewerkschaftssekretär und einer der Gründer der rhodesischen Gewerkschaftsbewegung. Von dorthier ist er in die Politik gekommen. Man würde also auf den ersten Blick annehmen, daß er fortschrittliche und menschliche Ansichten vertritt. Wer ihn in Europa reden hörte, wird auch unter diesem Eindruck stehen und glauben, daß Welensky nichts so sehr am Herzen liegt wie die Wohlfahrt der Neger, die leider noch nicht verstehen, wieviel Gutes man ihnen tut. Die Wirklichkeit ist aber wesentlich anders, auch wenn Welensky kein Rassenfanatiker von südafrikanischem Zuschnitt ist. Zum Unterschied von Südafrika gibt es z. B. in Rhodesien kein Verbot gemischter Ehen. Aber bisher konnte nur ein einziges weißes Mädchen wagen, einen Neger zu heiraten, und sie wird dafür von den übrigen Weißen wie eine Aussätzige behandelt, die mit ihrem Gatten nur ganz abgesondert wohnen kann. Postämter, Schulen und sogar Bänke im Park sind auch in Südrhodesien wie in Südafrika für die einzelnen Rassen getrennt, damit sich die Europäer nicht „schmutzig machen“.

Die erstaunlich langmütige Urbevölkerung der Föderation beginnt nun endlich zu erwachen. Der Funke der Freiheit hat zum erstenmal in *Njassaland* gezündet, dem ärmsten, fast ausschließlich von Negern bewohnten Teil der Föderation. Statt ihnen Rechte zu geben, hat die Bundesregierung das mit dem Abwerfen von Tränengasbomben beantwortet. Es scheint nicht einmal für den Augenblick die gewünschte Wirkung gehabt zu haben, da sich die Behörden mit dem Rest der europäischen Bevölkerung aus weiten Landstrichen Njassalands ganz zurückziehen mußten. Daraufhin setzte in Südrhodesien nach dem Prinzip des „schlagartigen“ Eingreifens der Gestapo mitten in der Nacht eine wohlvorbereitete Aktion zur Verhaftung von Tausenden politisch bewußten Negern ein. Um der Aktion die „verfassungsmäßige“ Fassade zu verleihen, hat man den Ausnahmezustand verkündet, als ob geradezu der Weltuntergang bevorstünde.

Der nächste Schritt war die Verhaftung und Deportierung der Führer der einheimischen Bevölkerung von Njassaland, vor allem des

Arztes Dr. *Hastings Banda*, der in Amerika und England studiert und praktiziert hat und erst kürzlich in seine Heimat zurückkehrte, um den Kampf für die Freiheit in geordnete Bahnen zu lenken. Während englische Missionare in entrüsteten Botschaften an englische Zeitungen feststellten, daß die schwarze Bevölkerung Njassalands ihnen auch jetzt, nach dem Einsetzen der Unterdrückungsmaßnahmen, nicht das geringste getan hat, wurden 40 unbewaffnete Demonstranten durch Schüsse hingestreckt. Der Vorwand für das Aufgebot an bewaffneter Macht gegen wehrlose Menschen war ein angeblich aufgedecktes Komplott, das eine „Nacht der langen Messer“ für Europäer und ihre Trabanten aus dem Lager der Einheimischen vorgesehen haben soll. Wie oft hat man solche Geschichten schon gehört, seit die Nazis beim Reichstagsbrand 1933 „Beweise“ dafür gefunden haben wollten, daß er von den Kommunisten vorbereitet worden sei und daß die Sozialdemokraten auch mitverwickelt waren! Damals hieß es, die „Beweise“ würden „demnächst“ veröffentlicht werden; sie kamen nie. 1953 hat die Londoner konservative Regierung die Verfassung der Kolonie *Britisch-Guayana* in Südamerika suspendiert, weil man daraufgekommen sei, daß die stärkste Partei der einheimischen Bevölkerung die Hauptstadt niederbrennen wollte. Hier hat die Hartnäckigkeit der parlamentarischen Opposition die Regierung gezwungen, wenigstens nachträglich zuzugeben, daß diese „Information“ falsch war.

Man ist also gegenüber Geschichten von Verschwörungen, denen man zuvorkommen muß und denen man, um die richtige Stimmung zu erzeugen, kommunistische Einflüsse nachsagt, reichlich skeptisch geworden. Aber selbst wenn wirklich etwas daran sein sollte, wäre es vielleicht angezeigt, über die Motive ein wenig nachzudenken. In Südrhodesien scheint man statt dessen die Gelegenheit zur Aufrichtung eines ausgesprochenen Polizeiregimes mißbrauchen zu wollen. „Subversive Organisationen“ — und das sind einfach alle, die die Emanzipation der Neger zum Ziel haben — werden kurzerhand verboten. Ein im Parlament eingebrachter Gesetzentwurf verschiebt die Beweislast: Bei der Teilnahme „verdächtiger“ Personen hat nicht der Staat die Schuld, sondern der Verdächtige seine Unschuld zu beweisen! In einem mutigen Protest hat das der anglikanische Erzbischof von Südrhodesien einen Rückfall in Hitlermethoden genannt, aber die „christliche“ Regierung Südrhodesiens nimmt mehr Rücksicht auf die ultrarechte Opposition im Parlament als auf die Mahnungen des Erzbischofs.

Natürlich ist Unrecht gegenüber einzelnen eine Kleinigkeit im Vergleich zum Tod von 40 und mehr Menschen. Aber daß man in Südrho-

desien einen englischen Missionar verhaften kann, dessen einziges Verbrechen zu sein scheint, eine Siedlung gegründet zu haben, in der die verschiedenen Rassen harmonisch zusammenleben, ist trotzdem ein schreiender Skandal. Die ganze Absurdität der verfassungsrechtlichen Situation in Zentralafrika zeigt aber der Fall des Labourabgeordneten *John Stonehouse*. Es handelt sich um einen 33jährigen ehemaligen Funktionär der Sozialistischen Jugendinternationale, der sich in den zwei Jahren seiner Parlamentstätigkeit vor allem als tüchtiger Anwalt der Kolonialvölker bewährt hat. Stonehouse war auf einer Studienreise in Nordrhodesien, das zwar Teil der Föderation ist, aber weiter so wie Njassaland ein britisches Protektorat darstellt. Trotzdem hat die Föderalregierung ihm den Besuch Njassalands verboten und ihn auch zum Verlassen Nordrhodesiens gezwungen. 1953 hat London der Föderalregierung in Salisbury das Recht überlassen, über Ein- und Ausreise in die Föderation allein zu entscheiden, was jetzt zu der grotesken Konsequenz geführt hat, daß ein britischer Abgeordneter britisches Territorium nicht betreten darf. Das „Verbrechen“ von Stonehouse (der den Negern Gewaltlosigkeit predigte!) war in den Augen der weißen Fanatiker, daß er sich mit Schwarzen an einen Tisch setzte. Und ein Häuflein solcher kurz-sichtiger Spießbürger ist in der Lage, einen ganzen Kontinent in eine Krise zu stürzen!

Die Unruhe in Zentralafrika ist verständlich. Für 1960 ist eine Überprüfung der verfassungsmäßigen Lage der Föderation vorgesehen, die ein Gemisch der verschiedenartigsten Elemente ist. Südrhodesien befindet sich schon lange auf dem Weg zur Selbstregierung, aber nicht der Einheimischen, sondern der zugewanderten Weißen; hier hat London fast keine Einflußmöglichkeiten mehr. Nordrhodesien und Njassaland stehen immer noch unter dem Schutz des britischen Kolonialministeriums, und obwohl die Konservativen die Möglichkeiten des Einschreitens zugunsten der Neger sträflich vernachlässigt haben, weiß man in Afrika, daß eine Labourregierung das nicht tun würde. Darum will der Regierungschef der Föderation, Welensky, von London erpressen, daß er unter dem Namen „Dominion-Status“ 1960 unumschränkter Herr über alle drei Gebiete wird — dann wären die Ureinwohner der Willkür der weißen Oberschicht vollständig und wehrlos ausgeliefert. Der Aufstand in dem rückständigen Njassaland — und um nichts weniger als einen Aufstand ohne Gewaltanwendung handelt es sich — spiegelt nur die Angst und Verzweiflung der Bewohnerschaft wider, die vor einer solchen Entwicklung zittert. Haben die Njassaländer bisher nicht mehr verlangt als unter britischem Schutz bleiben zu dürfen — ein recht bescheidenes Begehren —,

#### INTERNATIONALE RUNDSCHAU

dann hat sich das durch die Intransigenz der weißen Herren in Salisbury inzwischen geändert: Sie wollen heraus aus der Föderation und wollen ihre Freiheit. Jetzt hat auch der *Britische Gewerkschaftsbund* seine warnende Stimme erhoben und gesagt, daß Ausnahmezustand, Verhaftungen und das Niederschießen

friedlicher Demonstranten das ungeeignetste Mittel sind, um im Herzen Afrikas Frieden und Zufriedenheit zu schaffen. Noch ist es Zeit, daß der Protest der ganzen zivilisierten Welt einer Entwicklung in den Arm fällt, die sonst in eine Katastrophe von Weltausmaßen münden müßte. *Dr. J. W. Brügel*